

Dienstag 15. September 2020

Nummer 903

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Die Bedeutung der moralischen Dimension im europäischen Projekt

Autor : Francisco Juan Gomez Martos



Die Covid-19-Krise hat den Eindruck hinterlassen, dass es den Europäern an Solidarität und gegenseitigem Vertrauen fehlt, insbesondere in Haushaltsfragen. Dennoch hat das Integrationsmodell der Union allen ihren Mitgliedern Vorteile gebracht. Um das Vertrauen zu stärken, müssen die Kommunikationsbemühungen ebenso wie die kulturelle und moralische Dimension der Union verstärkt werden.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Zustand/Union - Europa/Recht **Stiftung** : Veröffentlichung/Schuman-Bericht - Belarus - Post-Covid/Europa **Kommission** : Zoll/USA - Fake News - Brexit **Parlament** : Haushalt **Rat der Europäischen Union** : Eurogruppe - Wirtschaft/Finanzen - Tunnel/Ärmelkanal - Haushalt 2021 - Haushalt 2020 - Russland/Ukraine **Diplomatie** : Russland/Nawalny - Belarus - China **EU-Rechnungshof** : Neustart - China **EZB** : Entscheidungen **Europäische Agenturen** : Verschmutzung **Deutschland** : Europa **Estland** : Forum/Balten **Frankreich** : Mittelmeer - Wasserstoff - Russland/Nawalny **Griechenland** : Migranten **Irland** : Brexit **Großbritannien** : EU-UK - Japan **Europarat** : Migranten/Griechenland - Belarus **UNO** : Russland/Nawalny **Eurostat** : BIP/beschäftigung **Berichte / Studien** : Strategie - MwSt. - Bildung **Kultur** : Film/Venedig - Kino/San Sebastian - Wissenschaft/Glasgow - Festival/Hamburg - Musik/Warschau - Ausstellung/Paris

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

In welchem Zustand ist die Union?



Die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, hält am 16. September ihre erste Rede zur Lage der Union. Mit seinem Konjunkturprogramm und den Maßnahmen der EZB hat Europa besser auf die Krise reagiert als andere Mächte. Die EU muss sich nun als "geopolitische Macht" verstehen, um sich den Herausforderungen zu stellen und direkt mit ihren Bürgern zu sprechen, um ihre Einzigartigkeit zu behaupten und ihr Modell zu verteidigen, erklärt Jean-Dominique Giuliani... [Fortsetzung](#)

Europa, Recht und Vertrauen



Da immer mehr Regierungen auf der ganzen Welt internationale Regeln brechen, darunter auch die britische Regierung, die erwägt, die im vergangenen Jahr mit der Europäischen Union getroffene Vereinbarung nicht zu beachten, muss der europäische Kontinent daran denken, dass nur das Gesetz Freiheiten garantiert und vor Auswüchsen schützt, sagt Jean-Dominique Giuliani... [Fortsetzung](#)

Stiftung :

Der "Schuman-Bericht über Europa, Zustand der Union 2020"



Die Ausgabe 2020 des "Schuman-Berichts über Europa, den Stand der Union", ein Nachschlagewerk für europäische Entscheidungsträger, ist jetzt in französischer Sprache in gedruckter Form erschienen, herausgegeben von Marie B. Er ist auch in elektronischer Form in Französisch und Englisch verfügbar. Mit Beiträgen von führenden Persönlichkeiten und Experten, mit Originalkarten und kommentierten Statistiken, bietet dieser einen umfassenden Überblick über die Europäische Union und analysiert die Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht. Sie können den Bericht auf unserer Seite bestellen.. [Fortsetzung](#)

Belarus: Chronologie einer Revolution im Gange



Seit den "manipulierten" Präsidentschaftswahlen vom 9. August protestiert das belarussische Volk gegen die fortgesetzte Herrschaft von Alexander Lukaschenko. Während sich die Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja in Litauen im Exil befindet und die Verhaftungen von Oppositionellen und die Polizeigewalt anhalten, ruft die Europäische Union zum politischen Dialog auf und bereitet Sanktionen gegen das Regime vor. Um diese Krise zu verfolgen, bietet Ihnen die Stiftung eine Chronologie der Ereignisse und Links zu europäischen Reaktionen und Initiativen... [Fortsetzung](#)

Übersicht zu den Gesundheitsmaßnahmen und Reisebedingungen in Europa



Zu Beginn des Herbstes versuchen die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Aktivitäten zu bestimmen, ohne dass die Epidemie erneut ausbricht. Die Stiftung bietet Ihnen eine Zusammenfassung der Gesundheitsmaßnahmen vor Ort und der Reisebedingungen in ganz Europa an. Eine unverzichtbare Ressource, die regelmäßig aktualisiert wird, um die nun beginnende Zeit zu verstehen.. [Fortsetzung](#)

Kommission :

Zollsenkungen auf US-Importe



Die Kommission schlug am 8. September vor, die Zölle auf US-Importe in die EU um 111 Millionen Dollar pro Jahr zu senken und insbesondere die Steuern auf Hummer abzuschaffen. Dieser Vorschlag bestätigt die am 21. August zwischen der EU und den USA erzielte Vereinbarung, die Steuern auf EU-Importe um 160 Millionen Dollar pro Jahr zu senken. Die Maßnahmen gelten rückwirkend ab 1. August 2020... [Fortsetzung](#)

Überprüfung des Verhaltenskodex gegen Fehlinformation



In ihrer Bewertung des Verhaltenskodex gegen Fehlinformationen vom 10. September begrüßte die Kommission die Maßnahmen der Unterzeichner, darunter Google, Facebook, Twitter, Microsoft und Tiktok, gegen Fehlinformationen und illegale Werbung. Man hofft, dass sich weitere Unternehmen dem Kodex anschließen werden. Die Kommission ist auch der Ansicht, dass gemeinsame Definitionen von Begriffen wie "Einflussnahme auf den Handel", "politische Werbung" oder "nicht authentisches Verhalten", Indikatoren (wie die Zuverlässigkeit von Quellen), präzisere Verpflichtungen und eine stärkere gemeinsame Nutzung von Informationen und algorithmischen Daten erforderlich sind... [Fortsetzung](#)

Warnungen an Großbritannien



Zum Abschluss der 8. Verhandlungsrunde zwischen der Union und dem Vereinigten Königreich über die künftigen Beziehungen, die in London stattfand, bedauerte der Chefunterhändler der Union, Michel Barnier, am 10. September die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Briten. Er betonte, dass die Union bei ausbleibenden Fortschritten in den Verhandlungen ihre Vorbereitungen für den Fall einer Nichteinigung fortsetzen werde. Am selben Tag forderte Kommissionsvizepräsident Maros Sefcovic die britische Regierung auf, "vor Ende des Monats" den am 9. September vorgelegten Gesetzesentwurf zum britischen Binnenmarkt zurückzuziehen, der einige Bestimmungen des am 1. Februar in Kraft getretenen Austrittsabkommens in Frage stellt. Er warnte, dass die Union bereit sei, rechtliche Schritte gegen Großbritannien einzuleiten. Die Koordinierungsgruppe des Parlaments für das Vereinigte Königreich und die Fraktionsvorsitzenden haben erklärt,

dass sie kein neues Abkommen ratifizieren werden, wenn sich Großbritannien nicht an das Austrittsabkommen hält... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Parlament :

Verhandlungen mit dem Rat über den Mehrjahreshaushalt



In ihrer dritten Verhandlungsrunde mit der Ratspräsidentschaft über den Haushalt der Union 2021-2027 forderten die Verhandlungsführer des Parlaments erneut eine Aufstockung der Mittel für die Vorzeigeprogramme der Union wie Horizont für Forschung oder Erasmus+ sowie für das EU4Gesundheitsprogramm. Sie nahmen auch Fortschritte in den Diskussionen über die Frage der Eigenmittel zur Finanzierung des Haushalts zur Kenntnis... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Treffen der Eurogruppe



Die 19 Minister der Eurogruppe, die sich am 11. September in Berlin trafen, brachten ihre Bereitschaft zum Ausdruck, bis Ende des Jahres Fortschritte bei der Vertiefung der Bankenunion und der Reform des Vertrags über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu erzielen. Dies war ihr erstes physisches Treffen seit Februar und das erste unter dem Vorsitz des irischen Ministers Paschal Donohoe, der im Juli zum Vorsitzenden der Eurogruppe gewählt wurde... [Fortsetzung](#)

Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister



Die 27 Wirtschafts- und Finanzminister trafen sich am 12. September in Berlin. Sie diskutierten vier Themen: den Neustart, Eigenmittel, Steuerharmonisierung und die Digitalsteuer. Der deutsche Minister Olaf Scholz, der den Vorsitz hatte, erklärte, dass eine Mehrheit der Mitgliedstaaten zusätzliche Eigenmittel befürwortet... [Fortsetzung](#)

Ärmelkanaltunnel: Frankreich erhält Verhandlungsmandat mit Großbritannien



Im Zusammenhang mit dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ermächtigte der Rat Frankreich am 9. September, eine Änderung des Vertrags von Canterbury auszuhandeln, der seit 1986 den Betrieb des Kanaltunnels regelt. Die europäischen Vorschriften zur Eisenbahnsicherheit und -interoperabilität werden geändert, so dass die derzeitige französisch-britische Kommission die zuständige Sicherheitsbehörde für die Anwendung des Unionsrechts auf der Eisenbahntunnelstrecke bleiben kann... [Fortsetzung](#)

Standpunkt zum Haushalt 2021



Am 9. September nahm der Rat seinen Standpunkt zum Entwurf des Haushaltsplans der Union für 2021 an. Das Budget beläuft sich auf 162,9 Milliarden Euro an Verpflichtungsermächtigungen und 164,8 Milliarden Euro an Zahlungsermächtigungen... [Fortsetzung](#)

Haushaltserhöhung 2020



Der Rat verabschiedete am 11. September einen Berichtigungshaushalt für das Jahr 2020, der einen Betrag von 6,2 Milliarden Euro zur Milderung der Folgen der Pandemie und zur Finanzierung der Impfstrategie gegen Covid-19 vorsieht. 1,09 Milliarden Euro werden für die Bereitstellung und Entwicklung eines Impfstoffs und 5,1 Milliarden Euro für die Coronavirus-Investitionsinitiative und die Investment + Initiative bereitgestellt... [Fortsetzung](#)

Verlängerung der Sanktionen wegen der Verletzungen der territorialen Integrität der Ukraine



Der Rat beschloss am 10. September, die Sanktionen gegen Personen und Organisationen, die beschuldigt werden, die "territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit" der Ukraine zu untergraben, um sechs Monate zu verlängern. Die Sanktionen bestehen aus Reisebeschränkungen und dem Einfrieren von Vermögenswerten gegen 175 Einzelpersonen und 44 Organisationen. Diese sind seit März 2014 in Kraft... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

G7-Erklärung zur Vergiftung von Alexej Nawalny



Am 8. September verurteilten die Außenminister der G7-Länder (Frankreich, Deutschland, Kanada, Vereinigte Staaten, Italien, Japan, Großbritannien und der Hohe Vertreter der Union die Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny. In einer gemeinsamen Erklärung forderten sie Russland auf, "unverzüglich und in voller Transparenz volle Klarheit über die Identität der Urheber dieser abscheulichen Vergiftung zu schaffen". Nawalny, der am 20. August vergiftet wurde, wird in Berlin behandelt, sein Zustand ist weiterhin ernst... [Fortsetzung](#)

Verurteilung von Verhaftungen in Belarus



Der Hohe Vertreter der Union für Auswärtige Angelegenheiten, Josep Borrell, verurteilte am 7. September die jüngsten politisch motivierten Verhaftungen und Inhaftierungen in Belarus. Er forderte die Freilassung aller Personen, die vor oder nach den Präsidentschaftswahlen vom 9. August aus politischen Gründen verhaftet worden waren. Am 11. September verurteilte er die "Eskalation der Gewalt" durch das Regime, das erzwungene Exil und die Verhaftung der Mitglieder des Koordinierungsrates und forderte ihre sofortige Freilassung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Digitale Gespräche mit China



Der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Bundeskanzlerin Angela Merkel trafen am 14. September mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping zusammen. Die Repräsentanten Europas brachten ihre Besorgnis über die Lage der Uiguren und die Situation in Hongkong zum Ausdruck. Sie forderten rasche Fortschritte bei den Verhandlungen für ein Investitionsabkommen und betonten das Prinzip der Reziprozität. Die Europäische Union und China unterzeichneten das im November 2019 geschlossene Abkommen über den gegenseitigen Schutz von geografischen Angaben, das vor Ende 2021 in Kraft treten soll. Am 10. September fand der erste hochrangige digitale Dialog mit China statt, bei dem die Prioritäten für die digitale Transformation der jeweiligen Volkswirtschaften und Bereiche, in denen konkrete Fortschritte erzielt werden können, festgelegt wurden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

EU-Rechnungshof :

Stellungnahme zum Europäischen Konjunkturprogramm



In einer am 9. September abgegebenen Stellungnahme betont der Rechnungshof die Bedeutung einer rigorosen Umsetzung der nationalen Pläne, durch die die 672 Milliarden Euro Fazilität für den Neustart und die Resilienz genutzt werden sollen. Die Prüfer empfehlen, die Pläne an die Einhaltung der Ziele der Kommission zu knüpfen und von einer starken europäischen Koordinierung zu profitieren. Sie empfehlen auch Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung und sind der Ansicht, dass die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Verwaltung der Pläne klarer definiert werden sollte... [Fortsetzung](#)

Analyse der Reaktionen der EU auf Chinas Investitionsstrategie



Die Europäische Union hat Mühe, mit Chinas Investitionsstrategie in Europa fertig zu werden, so der Rechnungshof in einer am 10. September veröffentlichten Analyse. Er unterstreicht die wirtschaftlichen und politischen Risiken, die die China-Strategie für die Union birgt. Der Bericht empfiehlt eine bessere Koordinierung zwischen den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten in ihren jeweiligen Beziehungen zu China und die Erstellung einer echten Analyse der Risiken und Aussichten dieser Investitionen... [Fortsetzung](#)

EZB :

Sitzung des EZB-Rates



Der Rat der Europäischen Zentralbank beschloss am 10. September, die Zinssätze unverändert zu lassen. Man erklärt, dass sich die Zinssätze erst dann ändern werden, wenn sich die Inflation bei etwa 2% stabilisiert. Die Präsidentin der EZB, Christine Lagarde, stellte eine "starke Erholung der Aktivitäten" fest, die aber noch von der Entwicklung der

Pandemie abhängig ist. Sie betonte, dass sie die Entwicklung des Euro-Wechselkurses, der in letzter Zeit gestiegen ist, aufmerksam verfolgte... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäische Agenturen :

Umweltverschmutzung verantwortlich für einen von acht Todesfällen in Europa



In einem am 8. September veröffentlichten Bericht erklärt die Europäische Umweltagentur, dass die Umweltzerstörung in Europa jährlich mehr als 600.000 Opfer fordert, was 12% aller Todesfälle entspricht. Die Agentur warnt vor den Auswirkungen von Luftverschmutzung, Hitzewellen und der Exposition gegenüber gefährlichen Chemikalien... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Rede von Angela Merkel zur deutschen und europäischen Einheit



Bei einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Konferenz am 10. September betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die deutsche Einheit, deren 30. Jahrestag am 3. Oktober gefeiert wird, nur durch europäische Solidarität möglich gewesen sei und dass die Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, insbesondere das Coronavirus und das Thema Einwanderung, nur gemeinsam bewältigt werden könnten... [Fortsetzung](#)

Estland :

Treffen der 8 Länder des Nord-Baltischen Forums



Bei einem Treffen in Tallinn am 9. September verurteilten Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen und Schweden, Mitglieder des Forums Nordic-Baltic Eight, den Einsatz einer chemischen Waffe gegen den russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny. Sie bekräftigten ihre Solidarität mit dem belarussischen Volk und forderten die Freilassung der Oppositionellen. Sie kündigten ihre Absicht an, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit untereinander zu verstärken, um die Gesundheitskrise zu bewältigen... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Gipfeltreffen der südlichen Länder der Union



Am 10. September waren 7 Staats- und Regierungschefs (aus Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Zypern und Malta), beim von Frankreich organisierten Gipfeltreffen der Länder der südlichen Europäischen Union auf Korsika anwesend. Sie betonten wie wichtig es sei, der europäischen Politik im Mittelmeerraum neue Impulse zu geben. Sie forderten die Türkei auf, ihre einseitigen Aktivitäten in den Hoheitsgewässern Griechenlands zu beenden, damit die beiden Länder in einen Dialog über die Abgrenzung ihrer maritimen Wirtschaftszonen eintreten können... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Strategie für die Entwicklung der Wasserstofftechnik



Am 9. September legte die französische Regierung einen 7-Milliarden-Euro-Plan zur Entwicklung der Wasserstofftechnik vor. Dieses Projekt zielt darauf ab, den Verbrauch von sauberem Wasserstoff zu fördern, um Sektoren wie Industrie und Verkehr zu dekarbonisieren. Das Interesse an dieser Technologie wird von Deutschland geteilt, das einen 9-Milliarden-Euro-Plan für ihre Entwicklung vorgelegt hat... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Gespräch mit dem russischen Präsidenten und Bestätigung der Vergiftung von Nawalny



Der französische Präsident Emmanuel Macron telefonierte am 14. September mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin. In Bezug auf das Attentat auf den Oppositionspolitiker Alexej Nawalny sagte er, dass "von Russland im Rahmen einer glaubwürdigen und transparenten Untersuchung Aufklärung benötigt wird". Am selben Tag gab die deutsche Regierung bekannt, dass die Vergiftung von Nawalny durch ein Nervengas der Gattung Nowitschok von zwei französischen und schwedischen Laboratorien bestätigt wurde. Der französische Präsident betonte zudem die Notwendigkeit einer politischen Lösung in Belarus ohne eine Einmischung von anderen externen Parteien... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Griechenland :

Vorfälle im Camp auf Lesbos und Migrantentransfer



Am 9. September brachen in dem überfüllten Migrantenlager in Moria auf der griechischen Insel Lesbos mehrere Brände aus. Die Europäische Union kündigte die sofortige Überstellung von 400 Kindern und Jugendlichen auf das griechische Festland an. Der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis kündigte die Entsendung von drei Schiffen zur vorübergehenden Unterbringung von 2.000 Migranten an. Am 10. September kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine deutsch-französische Initiative zur Aufnahme von je 100 bis 150 Kindern aus Moria an. Insgesamt werden 10 europäische Länder 400 Migranten aufnehmen... [Fortsetzung](#)

Irland :

Regierung stellt ihren Vorsorgeplan für den Brexit vor



Die irische Regierung legte am 9. September einen Vorsorgeplan für Unternehmen nach dem Brexit vor. Dieses Dokument beleuchtet zwei Szenarien: ein Handelsabkommen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union und ein "No Deal" Szenario mit Handelsbeziehungen auf der Grundlage der WTO-Regeln. Die irische Regierung warnt, dass beide Szenarien "tiefgreifende politische, wirtschaftliche und rechtliche Auswirkungen" haben werden, da das Vereinigte Königreich Irlands größter Handelspartner ist... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Die Regierung erwägt, das Austrittsabkommen mit der EU zu verletzen.



Am 9. September veröffentlichte die britische Regierung einen Gesetzentwurf über die Organisation ihres Binnenmarktes nach dem Brexit. Einige Bestimmungen laufen dem mit der Europäischen Union ausgehandelten Austrittsabkommen zuwider, darunter Ausnahmeregelungen für vereinbarte Verpflichtungen in Bezug auf staatliche Beihilfen und Änderungen der Regeln für den Warenverkehr, wenn Großbritannien und die Europäische Union kein Handelsabkommen abschließen. Die Kommission war der Ansicht, dass das Gesetz völkerrechtswidrig sei und forderte die britische Regierung auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Handelsabkommen mit Japan



Am 11. September schlossen Großbritannien und Japan ein Freihandelsabkommen, das die Aufhebung von 99% der Zölle auf britische Exporte nach Japan vorsieht. Dies ist das erste von Großbritannien ausgehandelte Handelsabkommen seit dem Brexit... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Aufruf zur Hilfe für Migranten in griechischen Lagern



Am 9. September forderte die Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatović, die griechischen Behörden auf, den Bedürftigen, nach dem Brand im Migrantenlager Moria, dringend Hilfe zu leisten. Sie verurteilte die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen Asylsuchende und Migranten in Lagern auf den ägäischen Inseln leben. Sie forderte die anderen Mitglieder des Europarates auf, Griechenland zu unterstützen... [Fortsetzung](#)

Besorgnis über die Lage in Belarus



Die Generalsekretärin des Europarates, Marija Pejcinovic Buric, brachte am 8. September ihre Besorgnis über die jüngsten Menschenrechtsverletzungen in Belarus zum Ausdruck. Sie prangerte die ungerechtfertigten Verhaftungen von regierungskritischen Demonstranten und die Einschüchterung des Koordinierungsrates vor Ort an. Sie bietet die Unterstützung des Europarates an, um einen fairen Dialog zwischen den belarussischen Führern und der Zivilgesellschaft zu eröffnen... [Fortsetzung](#)

UNO :

Forderung nach einer "gründlichen" und "unabhängigen" Untersuchung des Falles Nawalny

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, forderte Russland am 8. September auf, eine gründliche, unabhängige, unparteiische und transparente



Untersuchung des Vergiftungsfalles von Alexej Nawalny durchzuführen. Sie zeigte sich besorgt über die zahlreichen Attentatsversuche, die in den letzten Jahren auf russische Staatsbürger oder ehemalige Staatsbürger gerichtet waren... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

BIP und Beschäftigungsrückgang im zweiten Quartal



Während des zweiten Quartals ist das BIP in der EU um 11,4% und in der Eurozone um 11,8% gesunken, so die am 8. September von Eurostat veröffentlichten Zahlen. Die Zahl der Beschäftigten sank im gleichen Zeitraum in der EU um 2,7% und in der Eurozone um 2,9%... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Erster Bericht der Kommission zur strategischen Vorausschau



Am 9. September legte die Kommission ihre erste strategische Vorausschau vor, die sich auf den Begriff der Widerstandsfähigkeit nach der COVID-19-Krise konzentrierte. Der Bericht konzentriert sich auf sozioökonomische, numerische, ökologische und geopolitische Fragen... [Fortsetzung](#)

Mehrwertsteuerbetrug kostet die Wirtschaft im Jahr 2018 140 Milliarden Euro



Die Einnahmeverluste der EU-Volkswirtschaften aufgrund von Mehrwertsteuerbetrug, Steuerhinterziehung und Mängeln in den nationalen Steuer- und Statistikbehörden beliefen sich im Jahr 2018 auf 140 Milliarden Euro, so ein am 10. September von der Kommission veröffentlichter Bericht. Rumänien und Griechenland haben mehr als 30% ihrer Mehrwertsteuer verloren, während Schweden nur 0,7% verlor. Der Bericht prognostiziert für das Jahr 2020 einen Fehlbetrag von 164 Milliarden Euro. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass diese Zahl, die höher ist als der Jahreshaushalt der EU, die Notwendigkeit einer umfassenden Reform der Mehrwertsteuervorschriften der EU und einer Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Steuerbereich zeigt... [Fortsetzung](#)

Bildungsbericht



In einem am 8. September veröffentlichten Bildungsbericht bewertet die OECD die möglichen Auswirkungen der Pandemie auf die Bildungssysteme. Der Bericht betont, dass die Stärkung des Bildungswesens für die Regierungen eine Priorität bleiben muss, zu einer Zeit, in der "die Regierungen möglicherweise noch schwierige Entscheidungen über die Zuteilung öffentlicher Mittel treffen müssen, da sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt. Schließlich prognostiziert der Bericht einen Rückgang der internationalen Studentenmobilität und ein Risiko für die Wertschöpfung der Hochschuleinrichtungen... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Preisträgerliste für den Goldenen Löwen



Der Goldene Löwe bei den Filmfestspielen von Venedig wurde am 12. September an den Film Nomadland der amerikanischen Regisseurin Chloé Zhao verliehen. Die Britin Vanessa Kirby für ihre Rolle in Pieces of a Woman und der Italiener Pierfrancesco Favino für seine Rolle in Padrenostro wurden als Beste Schauspielerin und Bester Darsteller ausgezeichnet... [Fortsetzung](#)

Festival in San Sebastian



Die 68. Ausgabe des Internationalen Filmfestivals von San Sebastian unter dem Vorsitz des italienischen Regisseurs Luca Guadagnino findet vom 18. bis 26. September statt. Mehr als 250 Filmvorführungen stehen auf dem Programm... [Fortsetzung](#)

Glasgower Wissenschaftsfestival

Bis zum 9. November findet "Wissenschaft auf der Couch" statt, eine Online-Version des Glasgow Science Festival, das normalerweise im Juni stattfindet. Das Thema der Veranstaltungen und Animationen ist die wissenschaftliche Antwort auf die globale Pandemie... [Fortsetzung](#)



Reeperbahnfestival in Hamburg



Vom 16. bis 19. September findet in Hamburg das Reeperbahn Festival mit einem Programm von mehr als 200 Konzerten für jeden Geschmack statt. Aufgrund der gesundheitlichen Situation wird ein Teil der Konzerte online sein... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Warschauer Herbstfestival



Das Warschauer Herbstfestival, Polens wichtigste Veranstaltung für zeitgenössische Musik, findet vom 17. bis 27. September statt. Die Beziehung zwischen Musik und Sprache steht im Mittelpunkt des Programms, mit François Sarhans neuer Oper und einer verbal-musikalischen Darbietung von Agata Zubel... [Fortsetzung](#)

De Chirico in der Orangerie



Die Ausstellung "Giorgio de Chirico. Metaphysische Malerei", die vom 16. September bis 14. Dezember im Orangeriemuseum präsentiert wird, zeichnet das Werk des italienischen Künstlers und seine künstlerischen und philosophischen Einflüsse nach... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Agenda :



14. bis 17. September 2020
Brüssel
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments



16. September 2020
Europäisches Parlament
Rede zur Lage der Union



16. bis 17. September 2020
Osnabrück
Informelles Treffen der Bildungsminister



18. September 2020
Brüssel
Rat Wettbewerbsfähigkeit



20. bis 21. September 2020
Berlin
Informelles Treffen der Handelsminister



21. September 2020
Brüssel
Rat für Landwirtschaft und Fischerei
Brüssel
Rat Auswärtige Angelegenheiten

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



[Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung](#)

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Jérémy Cottrez, Thomas Hinzelin, Florian Da, Julian Parodi
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)